

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

XII. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 15. bis 18. Mai 2019

Einstimmiges Votum für neue Verfassung

Es ist geschafft: Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat sich eine neue Verfassung gegeben. Mit einer Änderung beschloss die Landessynode am zweiten Tag ihrer Frühjahrs-tagung einstimmig den vom Verfassungsausschuss vorbereiteten Entwurf; anschließend gab es stehenden Applaus und das gemeinsam gesungene Lied „Vertraut den neuen Wegen“.

„Dies ist ein ganz besonderer Moment – das spüren wir alle“, sagte Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, als mit der Abstimmung der mehrjährige Prozess der Verfassungsrevision zu Ende ging. Unmittelbar nach der Abstimmung bestätigte der Kirchensenat das Votum der Landessynode; damit kann die neue Kirchenverfassung zum 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Die neue Verfassung löst die bisherige Kirchenverfassung aus dem Jahr 1965 ab, die von der Landessynode als nicht mehr zeitgemäß beurteilt wird. In einem bislang einmaligen Beteiligungsverfahren hatten Mitglieder des Verfassungsausschusses den Textentwurf in mehr als 70 Veranstaltungen vorgestellt; auf einer Internet-Plattform beteiligten sich kirchliche Gremien und Einzelpersonen in breitem Umfang an der Diskussion. Mehr als 400 Stellungnahmen und Anregungen seien in den Text eingeflossen, berichtete Kannengießer – so sei die neue Verfassung von



Landesbischof Ralf Meister (rechts) und Dr. Matthias Kannengießer setzten als erste ihre Unterschrift unter die neue Verfassung.

den besten Gedanken der ganzen Landeskirche geprägt. Eingeflossen sind diese Gedanken in 87 Einzelartikel, gegliedert in sieben Teile.

Kannengießer betonte in seinem Bericht aus dem Verfassungsausschuss die klare Benennung der theologischen Grundlagen als eine Leitlinie der Verfassungsrevision. Der neue Text benennt erstmals auch das Verhältnis der Landeskirche zum demokratischen Staat: „Entsprechend ihrem Öffentlichkeitsauftrag nimmt die Landeskirche Aufgaben des gesellschaftlichen Lebens wahr und beteiligt sich in diesem Rahmen am politischen Diskurs“, heißt es in Artikel 5.

Weiter auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Kein Unterschied mehr bei der Trauung **Seite 2**

„Landeskirche ist kein Leuchtturm“ **Seite 3**

Beschofsbericht zum Thema Innovation **Seite 4**

Zahl der Studierenden ist gestiegen **Seite 7**

Wunsch nach multi-professionellen Teams **Seite 9**

Bekenntnis zum demokratischen Staat

Neuer Verfassungstext fordert zum Handeln gegen Judenfeindlichkeit auf

Artikel 4, der sich mit den Beziehungen zu anderen Kirchen und Religionen befasst, betont die enge Verbindung zum Judentum und die Anerkennung des jüdischen Volkes in seinem „Dienst als Volk und Zeuge Gottes“. Weiter enthält dieser Artikel eine klare Handlungsaufforderung: Die Landeskirche „tritt jeder Form von Judenfeindlichkeit entgegen“.

In neuer Offenheit benennt der Verfassungstext die mögliche Vielfalt der Formen kirchlichen Lebens: Neben Ortsgemeinden können auch Personalgemeinden gebildet werden, denen sich die Mitglieder nach geistlichem Profil oder lebensweltlichen Bezügen zuordnen. „Diese Öffnung soll Perspektiven für die Zukunft ermöglichen“, so Synodenpräsident Kannengießer.

Neues Gewicht erhält die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in kirchlichen Gremien, insbesondere ihre Vertretung in der Landessynode und in den Kirchenkreissynoden. „Dies beruht nicht zuletzt auf den besonders guten Erfahrungen, die diese Landessynode mit ihren Jugenddelegierten machen konnte – das dürfen Sie mit als Ihr Verdienst sehen“, wandte sich Kannengießer an die vier Jugenddelegierten der 25. Landessynode.

Dr. Fritz Hasselhorn (Sprengel Osnabrück) äußerte die Überzeugung, dass die neue Verfassung der Landeskirche die rechtlichen Formen und Regelungen gebe, die sie brauche, um zukunftsfähig zu bleiben. Rolf Bade (Sprengel Hannover) begrüßte es, dass

der neue Verfassungstext flachere Hierarchien und mehr Beteiligung ermögliche: „Damit wagt unsere Landeskirche mehr Demokratie.“ Die zukünftige hannoversche Kirchenverfassung sieht den Kirchensenat als Gremium der Kirchenleitung nicht mehr vor – mit seiner Zustimmung zur Verfassung beschloss der Kirchensenat also zugleich seine eigene Abschaffung.

Landessuperintendent Dr. Detlef Klahr (Sprengel Ostfriesland-Ems) hob insbesondere das Bekenntnis der Verfassung zum demokratisch verfassten Rechtsstaat und die klare Ablehnung jeder Form von Judenfeindlichkeit hervor.

Der Text der zukünftigen Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers ist auf www.kirchenverfassung2020.de zu finden.

Kein Unterschied mehr bei der Trauung

Handreichung ermöglicht die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren

Die Handreichung „Trauung von Ehepaaren gleichen Geschlechts“ macht es möglich: Künftig können sich gleichgeschlechtliche Paare in der hannoverschen Landeskirche trauen lassen; dabei wird kein Unterschied mehr zur Trauung von Frau und Mann gemacht. Ohne Gegenstimme verabschiedete die Landessynode die Handreichung, die Dr. Hans Christian Brandy, Landessuperintendent im Sprengel Stade, für den Bischofsrat einbrachte. „Unsere Landeskirche hat eine lange und leidvolle Geschichte des Umgangs mit Paaren desselben Geschlechts hinter sich“, blickte Brandy zurück. Seit 2002 waren Fürbittandachten für die-



Dr. Hans Christian Brandy stellte für den Bischofsrat die Handreichung vor.

„In seelsorglicher Verantwortung“

Gesetzesänderung des Bundestages ebnete den Weg

se Paare möglich; 2014 erschien eine Handreichung zur Segnung in öffentlichen Gottesdiensten. Im Juli 2017 verabschiedete der Bundestag dann das Gesetz zur Ehe für Personen gleichen Geschlechts: „Verstärkt wenden sich seither gleichgeschlechtliche Paare mit der Bitte um kirchliche Trauung an uns“, so Brandy. „Wir stehen in seelsorglicher Verantwortung.“

Im November 2018 hatte die Landessynode die Bitte an den Bischofsrat gerichtet, die bisherige Handreichung in Abstimmung mit dem Landeskirchenamt so zu überarbeiten, dass sie Trauungen ermöglicht – dies sei nun im Kontext einer veränderten gesellschaftlichen Sichtweise geschehen, so Brandy. In der Liebe Gottes zu allen Menschen seien Unterschiede in der sexuellen Orientierung aufgehoben. In einer Konsultation zum Thema in

Loccum habe Übereinstimmung geherrscht: „Es gibt keine theologisch zwingende Unterscheidung zwischen der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Ehe zwischen Frau und Mann – dies betrifft auch die Liturgie.“ Auch rechtlich waren nach der Gesetzesänderung auf Bundesebene keine Anpassungen nötig, da das Trauungsgesetz der hannoverschen Landeskirche eindeutig ist: „Die kirchliche Trauung ist ein besonderer Gottesdienst für Eheleute aus Anlass ihrer Eheschließung. Voraussetzung für die Trauung ist die rechtsgültige Eheschließung.“ Angepasst wurden letztlich nur wenige Punkte in der Liturgie, die nun sowohl für gleichgeschlechtliche Trauungen als auch für Trauungen von Frau und Mann verwendet werden kann. Erhalten bleibt in der neuen Handreichung der sogenannte Gewissens-

vorbehalt: Pastorinnen und Pastoren, die gleichgeschlechtliche Paare nicht trauen wollen, dürfen die Trauung verweigern. Den Paaren bleibt dann die Möglichkeit, sich an anderer Stelle trauen zu lassen. „Die Streichung dieses Gewissensvorbehaltes würde zu heftigen Diskussionen führen – damit würden wir den Menschen nicht helfen“, erklärte Brandy.

Die Landessynode stimmte der neuen Handreichung ohne Gegenstimme zu. Allerdings, so steht es im Papier des Bischofsrates, wird auch sie nur eine Zwischenlösung sein: „Mittelfristig werden die Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche in Deutschland (VELKD) und die Union Evangelischer Kirchen (UEK) eine neue Trauagende erarbeiten, in der liturgische Entwürfe für verschiedene Formen der Trauung enthalten sein werden.“

„Unsere Landeskirche ist kein Leuchtturm“

Umwelt- und Bauausschuss legt Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes vor

Die Platzierung auf der Tagesordnung am Abend des dritten Sitzungstages ließ eine etwas ermüdete Beschäftigung mit dem Thema erwarten; tatsächlich aber kam es ganz anders: Der Bericht des Umwelt- und Bauausschusses zur Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Landeskirche zog eine ungewöhnlich engagierte Debatte und zwölf Anträge mit sehr konkreten Forderungen nach sich. „Wir können den Klimawandel jetzt hier bei uns live erleben“, stellte Karsten Sierk, Synodaler und Forstingenieur aus dem Sprengel Hannover, bei der Vorstellung des Berichtes

fest. „Angesichts des klimabedingten Artensterbens läuft es einem kalt den Rücken runter.“ Als Leiter eines Forstbetriebes nehme er massive Veränderungen wahr: enorme Schadholtanfänge, starken Borkenkäferbefall, riesige Kahlflächen, zahlreiche rote Fichten. „Bei den kirchlichen Revierförstern liegen die Nerven blank – es stehen Existenzen und Lebenswerke auf dem Spiel und für unsere Kirchengemeinden drohen finanzielle Einbußen.“ Bereits im August 2012 hatte das Landeskirchenamt ein Klimaschutzkonzept vorgelegt, das mit finanzieller Unterstützung aus dem Bundesum-

weltministerium erstellt worden war. Ein Jahr später wurde das Haus kirchlicher Dienste in Hannover damit beauftragt, mit der Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen zu beginnen; wiederum unterstützt durch erhebliche finanzielle Mittel des Bundes. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den Kirchenkreisen und Kirchengemeinden in der Fläche.

„Unsere Landeskirche ist kein Leuchtturm, es geht nur schleppend voran“, musste Sierk nun in seinem Bericht feststellen. „Das Thema steht bei vielen Kirchenvorständen nicht auf der Tagesordnung.“ *Weiter auf Seite 4*

„Wir handeln gegen das Evangelium“

Klimaschutz muss auf Ebene der Kirchenämter institutionalisiert werden

Fortsetzung von Seite 3

„Wir müssen mal Klartext reden – wir können es nicht, und wir können noch nicht mal beweisen, dass wir es nicht können“, brachte Magdalena Hentschel aus dem Sprengel Hannover mit Blick auf die schmale Datenbasis Schwung in die Debatte. Der Jugenddelegierte Jonas Jakob Drude, brachte den theologischen Aspekt ein: „Ich bin bestürzt darüber, dass uns erst die Fridays-for-Future-Aktivistinnen, die wir gestern gehört haben, darauf stoßen mussten: Wenn wir uns im Klimaschutz nicht besser aufstellen, handeln wir schlicht gegen das Evangelium.“

Nach zahlreichen weiteren engagierten Debattenbeiträgen stimmte die Landessynode einer Reihe von Anträgen zu. So wird das Landeskirchenamt aufgefordert, die unbefristete Anstellung einer Klimaschutzmanagerin oder eines Klimaschutzmanagers zu prüfen, mögliche Hemmnisse im Klimaschutz zu identifizieren und abzubauen, Best-Practice-Beispiele an prominenter Stelle ins Internet zu stellen, die Antragsfrist für die Förderung der E-Mobilität zu verlängern und die Anschaffung von dienstlichen E-Bikes zu fördern. Alle Redebeiträge der Debatte werden auf



Carsten Wydora (links) berichtete von guten Erfahrungen mit Rahmenverträgen zur Lieferung von Ökostrom.

Antrag von Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) verschriftlicht und für die weitere Arbeit am Thema zur Verfügung gestellt; darüber hinaus wird der Abschluss eines landeskirchenweiten Rahmenvertrages für den Einkauf von „echtem“ Ökostrom geprüft.

„Für unsere Kirchenkreise kaufen wir im Zwei- bis Drei-Jahres-Rhythmus 100-prozentig sauberen Strom für rund 400 Abnahmestellen ein“, erklärte Carsten Wydora, Synodaler und Kirchenamtsleiter im Sprengel Ostfriesland-Ems. „Und im Gegensatz zur

Entwicklung der Marktpreise konnten wir in Verhandlungen wiederholt den Preis senken.“ Relativ viel kleinteilige Arbeit sei dafür nötig, so Wydora: „Aber wenn man will, geht es.“

Es brauche jetzt die Institutionalisierung des Klimaschutzes auf Ebene der Kirchenämter, stellte Reinhard Benhöfer, Leiter des Referates für Umweltangelegenheiten im Landeskirchenamt, fest. Die Landeskirche selbst könne den Kirchenkreisen nur dann verbindliche Vorgaben machen, wenn entsprechende Gesetze erlassen würden.

„Selbstmord aus Angst vor dem Tod“

Bischofsbericht thematisiert notwendigen Wandel in der Kirche

„Warum habt ihr überhaupt diese Studie gemacht? ... Ich werde das verdammte Gefühl nicht los: Wir machen Selbstmord aus Angst vor dem Tod.“ Mit diesen Sätzen aus einer Mail eines

nicht namentlich genannten Kollegen bezog sich Landesbischof Ralf Meister in seinem Bischofsbericht vor der Landessynode auf die Berechnung von Freiburger Wissenschaftlern, die den

Kirchen in Deutschland bis 2060 eine Halbierung ihrer Mitgliederzahl und ihrer Finanzkraft prophezeit. Die Freiburger Projektion bestätigte nur, was in der hannoverschen Landeskirche

„Dieser Kampf ist für Christen Pflicht“

Gastrednerinnen von Fridays for Future fordern zum gemeinsamen Handeln auf

längst bekannt sei, so der Landesbischof; für die bevorstehenden kulturellen, religiösen und sozialen Wandlungen sei sie aussagelos und helfe nicht weiter. Im Bemühen um Zukunftsfähigkeit dürfe es nicht um die institutionelle Absicherung der Kirche gehen: „Uns Christinnen und Christen geht es um die bleibende Verwirklichung des Auftrages Christi.“ Mit Blick auf die unmittelbar zuvor verabschiedete neue Kirchenverfassung bescheinigte Meister dem Text, dass er das Zeug habe, Kirche zu vitalisieren. Die Verfassung stelle keine Aufforderung zur permanenten Anpassung an gesellschaftliche Trends dar, sondern fordere dazu auf, die eigene Tradition selbstkritisch zu reflektieren und sie so zu übersetzen, dass sie als glaubwürdig in der heutigen Zeit empfunden werden könne. „Das braucht Wagnis und Risikomut – es braucht Innovations-sprünge“, ist Meister überzeugt. An vielen Orten in der Landeskirche habe er die Bereitschaft dazu bemerkt: „Hier gibt es kräftige Impulse zu radikaler Transformation und zur Erprobung neuer Konzepte.“

Im Rahmen des Bischofsberichtes erlebte die Landessynode eine Premiere: Erstmals überließ der Landesbischof das Mikrofon zwei Gastrednerinnen. Paula Seidensticker (18) und Lisa Steinwandel (21) sind Aktivistinnen der Bewegung „Fridays for Future“; in Celle und Lüneburg organisieren sie Schülerinnen- und Schülerstreiks für den Klimaschutz. „Seit Jahrzehnten setzt sich die Kirche für das Thema ein, aber erst durch unsere Proteste wachsen Interesse und Wissen in der Bevölkerung“, legten die beiden Rednerinnen den Finger in die Wunde. „Gemeinsam können wir das nutzen.“



Einen eindringlichen Appell richteten Lisa Steinwandel (links) und Paula Seidensticker an die Mitglieder der Landessynode.

„Unsere Forderungen sind christlich legitimierbar und unser Kampf ist für mich als Mensch und als Christin Pflicht“, begründete Seidensticker ihre Forderung nach einer politisch handelnden Kirche. Sie rief die Landessynode als Teil des weltweiten Akteurs Kirche dazu auf, mehr Verantwortung zu übernehmen, die Problematik in die Gemeinden zu tragen, die Menschen anzusprechen. „Wie können wir von uns Nächstenliebe behaupten, wenn wir unser Handeln nicht ändern? Die Antwort ist: Wir können es nicht.“

In der Aussprache zum Bischofsbericht äußerten die Mitglieder der Landessynode vielfachen Dank für den Gastbeitrag von Paula Seidensticker und Lisa Steinwandel – die Ausweitung des Diskurses über den Inner Circle der Kirche hinaus sei dringend nötig.

„Die beiden Rednerinnen haben uns sehr deutlich gemacht, dass wir mit unserer Freiheit die Freiheit anderer einschränken“, betonte Dr. Bettina Siegmund aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems. Der Jugenddelegierte Claas Goldenstein forderte zum Pers-

pektivwechsel auf: Die Landessynode solle nicht versuchen, die Fridays-for-Future-Bewegung einzubinden. „Sie können uns einbinden – nicht umgekehrt“, betonte Goldenstein mit Blick auf die Bremswirkung der kirchlichen Organisationsstruktur.

„Wir sind stolz“

Im Vergleich zu den Aufgaben, die Oberkirchenrat Thomas Och im Ehrenamt bewältigt, scheine das Synodenmanagement ein „Ponyhof“ zu sein, merkte Ralf Meister zum Ende seines Berichtes an. Der Landesbischof gratulierte dem Leiter des Synodalbüros zum Bundesverdienstkreuz, das ihm vor wenigen Wochen für sein langjähriges, starkes Engagement im Deutschen Roten Kreuz verliehen worden war.

„Wir sind stolz auf Sie“, so der Landesbischof – und die Mitglieder der Landessynode stimmten dieser Aussage mit langem Applaus zu.

„Es muss klar bleiben, wer entscheidet“

Beteiligungsverfahren sollen der Vorbereitung von Entscheidungen dienen

Wie kann „Beteiligung“ zukünftig als Strukturprinzip innerhalb der Landeskirche verankert werden? Dieser Frage widmet sich ein Entwurf des Landeskirchenamtes, den dessen Präsidentin Dr. Stephanie Springer der Landessynode vorstellte. Hintergrund sind die guten Erfahrungen, die während des Prozesses der Verfassungsrevision mit einem breit angelegten Beteiligungsverfahren gemacht wurden sowie Aussagen im neuen Verfassungstext zur Partizipation innerhalb der Landeskirche.

Seit Jahren gebe es den Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Basis innerhalb der hannoverschen Landeskirche, berichtete Springer. Die neue Verfassung habe entsprechende Regelungen dort aufgenommen, wo es um einen direkten Einfluss auf das Le-

ben in Kirchenkreisen und -gemeinden gehe: „Das ist Ausdruck eines zeitgemäßen Verständnisses des Begriffes Dienstgemeinschaft.“

Artikel 9 der neuen Verfassung regelt das Recht aller Kirchenmitglieder auf Beteiligung: „Sie sind aufgerufen, mit ihren Gaben und Kräften das kirchliche Leben mitzugestalten ... und sich ... an der Leitung der Kirche zu beteiligen.“ Artikel 16 formuliert das Recht auf Partizipation der Kirchenkreise im Verhältnis zur Landeskirche sowie das der Kirchengemeinden im Verhältnis zu den Kirchenkreisen. Der Entwurf des Landeskirchenamtes unter der Überschrift „Grundsätze für die Gestaltung von Beteiligungsverfahren“ benennt Ziele und Grundsätze von Beteiligung und beschreibt mögliche

Phasen und Module für entsprechende Verfahren.

„Auch im Rahmen von Beteiligungsverfahren muss klar bleiben, wer Entscheidungen trifft und die Verantwortung dafür trägt“, betonte die Präsidentin des Landeskirchenamtes. „Beteiligung dient immer der Vorbereitung einer Entscheidung, sie ist nie die Entscheidung selbst.“ Angewendet wird dieses Prinzip auch für die Formulierung der Grundsätze: Noch bis zum 30. Juni 2019 sind die Kirchenkreise zu Stellungnahmen aufgerufen; für die kommende Herbsttagung der Landessynode ist dann die Beschlussfassung geplant. Bis dahin werden der Schwerpunktausschuss und der Diakonieausschuss über den Textentwurf des Landeskirchenamtes beraten.

Einladende und offene Kirche werden

Landessynodalausschuss wünscht sich mehr Beziehungspflege und Dienstleistung



Jörn Surborg hält mehr Beziehungspflege und Dienstleistungsmentalität für unabdingbar.

„Wir Christinnen und Christen werden im Land der Reformation zu einer Minderheit werden – damit wird sich die Gestalt unserer Kirche verändern.“ Mit diesen Worten reagierte Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA), in seinem Bericht vor der Landessynode auf den prognostizierten Rückgang der Mitgliederzahl in den beiden großen Kirchen. Vor dem Hintergrund dieses eindeutigen Trends, der zu einem großen Teil auf die demografische Entwicklung zurückgehe, dürfe Kirche sich nicht in den noch vorhandenen Wohlfühlzonen einrichten, sondern müsse sich stärker als bislang zu einer einladenden und offenen Kirche entwickeln.

„Unsere Pfunde heißen Beziehungspflege und auch Dienstleistungsmentalität“, formulierte Surborg. „Wir werden noch mehr Anwalt für

Mehr Attraktivität als Arbeitgeberin nötig

diejenigen sein müssen, die sonst niemand hört – wir müssen Dienstleister und Fürsprecher sein.“ Der gerne geführten Diskussion um die Versorgung von Kirchengemeinden und übergemeindlichen Diensten erteilte der LSA-Vorsitzende eine klare Absage: „Diese Diskussion ist von gestern und hilft uns morgen nicht weiter.“

Um den Entwicklungsprozess hin zu einer neuen Kirche in Gang zu bringen, müsse die Landeskirche auch ihre Attraktivität als Arbeitgeberin stärken, stellt der Landessynodalausschuss fest. So müssten vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels stärker als bislang weitere Berufsgruppen in den Blick genommen werden, um ihnen Aufgaben anzuvertrauen, die zurzeit noch Pastorinnen und Pastoren vorbehalten sind. Begrüßt wird auch der Entwurf für ein EKD-Kirchengesetz zur Flexibilisierung des

Ruhestandes, dessen Umsetzung allerdings keinen Erwartungsdruck aufbauen dürfe, so Surborg.

Zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 betonte der LSA-Vorsitzende das mit 3,8 Millionen Euro positive Bilanzergebnis. Die Anlage von Geldern gestalte sich allerdings weiterhin schwierig; auf geringe Renditeaussichten an den Kapitalmärkten sei daher erstmalig und in Absprache mit der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland mit einer Investition in Ackerflächen in Sachsen-Anhalt reagiert worden. Angesichts des positiven Jahresabschlusses 2018 und der bisher guten Finanzentwicklung 2019 sprach sich der Landessynodalausschuss dafür aus, in der Fläche der Landeskirche zusätzliche zehn Millionen Euro nach den Kriterien des Finanzausgleichsgesetzes auszuschütten. Die Einrichtung von speziellen Fonds zur

Projektförderung gehöre dagegen in die Haushaltsberatungen, um die Entscheidung in der Landessynode sicherzustellen.

In der Aussprache zum LSA-Bericht bat Carsten Wydora (Sprengel Ostfriesland-Ems) darum, bei den Überlegungen zu einer Flexibilisierung des Ruhestandes für Pastorinnen und Pastoren auch die Kirchenbeamten mit in den Blick zu nehmen. Weiter wies Wydora darauf hin, dass im Jahr 2018 durchschnittlich 90 Pfarrstellen nicht besetzt gewesen seien: „Das grenzt an einen Notstand, wenn jeder Kirchenkreis im Durchschnitt dauerhaft zwei vakante Pfarrstellen hat.“

Abschließend nahm die Landessynode den Bericht des Landessynodalausschusses zustimmend zur Kenntnis und schloss sich dem Vorschlag Surborgs, zusätzliche zehn Millionen Euro in die Fläche zu geben, an.

Zahl der Theologiestudierenden gestiegen

Theologinnen und Theologen: Bereitschaft zum Wechsel zwischen Landeskirchen wächst

Die Zahl der Theologiestudierenden ist seit dem Jahr 2015 dank gezielter Nachwuchswerbung spürbar angestiegen – mit dieser guten Nachricht beginnt der Bericht des Landeskirchenamtes zur aktuellen Situation der Ausbildung von Pastorinnen und Pastoren. Oberkirchenrat Helmut Aßmann, Leiter des Referates für Theologische Ausbildung sowie berufliche Fort- und Weiterbildung, stellte den Bericht in der Landessynode vor. Die konstante Zahl von rund 280 jungen Frauen und Männern im Theologiestudium reiche allerdings nicht aus, um die Pensionierungslücke in den kommenden zehn bis 15

Jahren zu schließen. Und auch eine weitere Zahl gebe den Verantwortlichen zu denken: Während Frauen in deutlicher Überzahl gegenüber den Männern das Theologiestudium absolvieren (Stand 2018: 68 Prozent), ist dieses Übergewicht bereits im Vikariat nicht mehr festzustellen. „Die Gründe dafür sind noch unklar“, so Aßmann.

Entgegen mancher Mythen liege die Durchfallquote im Ersten theologischen Examen seit Jahren konstant bei einem bis drei Prozent; das kirchliche und das Fakultätsexamen ähnelten sich in den Ergebnissen, führte Aßmann weiter aus. Dennoch

sei der Anteil der Studierenden, die das Fakultätsexamen wählten, in den vergangenen Jahren gestiegen. Gestiegen sei auch die Bereitschaft, im Laufe der Ausbildung von der hannoverschen in eine andere Landeskirche zu wechseln: Vorrangiger Aspekt sei dabei nicht die unterschiedliche Besoldung, sondern Faktoren wie Beziehungsfreundlichkeit, Berufsperspektiven, klare Dienstbeschreibungen und eine gute Begleitung im Pfarramt. Insbesondere im Übergang zum Vikariat seien die Erwartungen an den Arbeitgeber Kirche in den vergangenen Jahren gestiegen. *Weiter S. 8*

„Das ist eine große Enttäuschung“

Göttinger Fakultät lehnt Studiengang für den Quereinstieg ins Pfarramt ab

Fortsetzung von Seite 7

Familiäre Bedingungen, Beziehungsfragen, Infrastruktur und sogar Haustiere spielten dann eine Rolle; Kirche sei aus dieser Perspektive ein Arbeitgeber wie jeder andere.

Als Herausforderung nannte Aßmann auch die Zusammenführung von Theologie, Spiritualität und Lebenswelt: „Die im Studium erworbene Theologie hat eine eigentümliche ‚Ortlosigkeit‘; Hermeneutik und die Verknüpfung mit der lebensweltlichen Realität fehlen vielfach. Wir müssen die Dinge verschränken, damit Pastorinnen und Pastoren diskursmächtig, theologisch sprachfähig und in der Lebenswelt verankert sind.“ Quereinsteigerinnen und -einsteigern, die nach mehrjähriger Berufstätigkeit den Weg ins Vikariat suchen, kann die hannoversche Landeskirche allerdings keinen Studienort auf ihrem Gebiet anbieten: Die Theologische Fakultät in Göttingen lehnte Anfang 2019 die Einführung eines entsprechenden Mas-



Kritik an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen übte Rolf Bade, Vorsitzender des Bildungsausschusses.

terstudiengangs ab. In der Aussprache zum Bericht des Landeskirchenamtes übte Rolf Bade, Synodaler aus dem Sprengel Hannover und Vorsitzender des Bildungsausschusses, deutliche Kritik an dieser Entscheidung: „Es ist eine große Enttäuschung, wie sich die

Göttinger Fakultät zum Quereinstieg verhält.“ Für ihn sei das eine Bestätigung dafür, dass sich diese Fakultät im wissenschaftlichen Elfenbeinturm gefalle, ungeachtet der Auswirkungen, die diese Haltung habe. Bade regte weiter an, Quereinsteiger, die sich für ein Studium an anderen Universitäten entschieden, aktiv zu unterstützen. Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg) unterstrich dieses Anliegen: „Wo sind denn Theologie und Lebenswelt besser miteinander verschränkt als bei Menschen, die nach Jahren anderweitiger Berufstätigkeit den Weg ins Pfarramt suchen?“

Dr. Florian Wilk, Professor für Neues Testament an der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen, trat Rolf Bades Kritik entgegen: Bundesweit gebe es eine Strukturdebatte zum Theologiestudium – hier müsse Kirche sich einbringen, nicht aber Fakultäts-Bashing betreiben. Und: „Die Strukturdebatte muss auch für das Vikariat geführt werden“, so Wilk.



Professor Dr. Florian Wilk forderte eine Strukturdebatte zu Theologiestudium und Vikariat anstelle von „Fakultäts-Bashing“.

Wunsch nach multiprofessionellen Teams

Bericht zum Reformprozess „Pfarrberuf 2030 – Wir reiten die Welle“

Wie kann kirchliche Arbeit vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und kirchlichen Wandels gelingen? Welche konkreten Maßnahmen werden gebraucht, damit Pastorinnen und Pastoren ihren Dienst auch im Jahr 2030 noch gerne und gut leisten können? Diesen Fragen widmet sich der Reformprozess „Pfarrberuf 2030 – Wir reiten die Wel-

le“, der Mitte 2016 als Partizipationsprozess in der hannoverschen Landeskirche begonnen wurde. Oberlandeskirchenrätin Dr. Nicola Wendebourg, Leiterin der Personalabteilung im Landeskirchenamt, informierte die Landessynode über den Stand des Prozesses und äußerte sich dabei optimistisch.

Nach zweijähriger Vorbereitung durch eine Projektgruppe hatte es im Mai 2018 eine dreitägige Auftaktveranstaltung im Open-Space-Format mit 200 Teilnehmenden im Michaeliskloster in Hildesheim gegeben. Dieses Format, in dem die freiwillige Teilnahme und die selbstbestimmte Themenauswahl grundlegend sind, sei ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber ähnlichen Prozessen in anderen Landeskirchen und

habe sich schon jetzt bewährt, stellte Wendebourg fest. Es sei kein von oben aufgesetzter Leitbildprozess, sondern ein Bottom-Up-Prozess, der kaum mit Widerständen zu tun habe und auf allen kirchlichen Ebenen auf Zustimmung stoße.

Ganz oben auf der Liste der zehn wichtigsten Themen, die während der Auftaktveranstaltung identifiziert wurden, steht der Wunsch nach Arbeit in multiprofessionellen Teams, berichtete Wendebourg. Weitere Themenfelder, an denen zeitgleich zur Synodentagung in Loccum weitergearbeitet wurde, sind „Kirche im Sozialraum 2030“, Vereinfachung und Entlastung in der Verwaltung und der Weg zu einer fröhlichen Ekklesiologie.

Die kontinuierliche Weiterarbeit an den Themen sei durch eine Begleitgruppe, die zweimal jährlich mit Interessierten zusammenkommt, gewährleistet, heißt es im Zwischenbericht der landeskirchlichen Personalabteilung. Auch Wendebourg zeigte sich zuversichtlich, dass der Prozess zu positiven Veränderungen führen könne: „Ich gehe sehr optimistisch nach Loccum.“



Dr. Nicola Wendebourg hofft auf den Reformprozess „Wir reiten die Welle“.

Soll-Bestimmung zur Jugendquote

Schwerpunktausschuss will Funktionsfähigkeit von Gremien im Blick behalten

Im November 2018 erteilte die Landessynode auf Antrag des Synodalen Bernd Rossi (Sprengel Hildesheim-Göttingen) dem Schwerpunktausschuss den Auftrag, zu prüfen, auf welche Weise zukünftig mehr Delegierte bis zu einem Alter von 30 Jahren in Kirchenkreistagen bzw. Kirchenkreissynoden ak-

tiv beteiligt werden könnten. In dem Bericht des Ausschusses, den der Vorsitzende Dr. Fritz Hasselhorn aus dem Sprengel Osnabrück jetzt der Landessynode vorstellte, wird dazu eine Soll-Bestimmung vorgeschlagen – eine Formulierung, die die Umsetzung einfordert, gleichzeitig aber auch die Funktionsfähigkeit der Kirchenkreis-

synoden ermöglicht, falls sich nicht genügend junge Kandidatinnen und Kandidaten finden sollten. Zudem gibt der Ausschuss zu bedenken, dass vor dem Hintergrund der abnehmenden Bereitschaft, für kirchliche Gremien zu kandidieren, weitere Auflagen für die Basis mit Augenmaß behandelt werden sollten. *Weiter auf Seite 10*

„Wir müssen entscheiden“

Baufachzentrum

Fortsetzung von Seite 9

Der Schwerpunkteausschuss schlage vor, die Kirchenkreise und -gemeinden zur Einführung einer Jugendquote zu befragen, erklärte Hasselhorn.

Er finde es schräg, gerade diese Frage explizit in die Anhörung der Kirchenkreise zu geben, andere hingegen nicht, erwiderte Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover: „Wir müssen entscheiden, ob wir die Quote vorgeben wollen.“

Die Landessynode erteilte dem Landeskirchenamt den Auftrag, für den

Gesetzentwurf zu einer neuen Kirchenkreisordnung eine Regelung für die Umsetzung der sogenannten 40-40-20-Quote zu finden. Entsprechend dieser Quote sollen kirchliche Leitungsgremien mit jeweils 40 Prozent Frauen und Männern sowie 20 Prozent jungen Menschen unter 30 Jahren besetzt werden.

Der Entwurf soll zur Anhörung in die Kirchenkreise gegeben werden; voraussichtlich im Herbst 2020 könnte dann die neue Kirchenkreisordnung verabschiedet werden.

Ein erstes regionales Baufachzentrum soll mit Zustimmung der Landessynode für die Dauer von drei Jahren an einem geeigneten Standort erprobt werden; fachliche Begleitung und Evaluation zum Ende der Probephase inklusive. Parallel dazu wird das Modell der Kirchenkreise Burgdorf und Burgwedel-Langenhagen evaluiert, die mithilfe von Rahmenverträgen Beratungsleistungen an externe Dienstleister vergeben. Das Landeskirchenamt will sich so die Option erhalten, beide Modelle parallel zu etablieren.

„Hier tickt eine soziale Bombe“

Diakoniausschuss befasst sich mit Wohnungsnot und Wohlstandsverteilung

„Hier tickt eine soziale Bombe, die die Grundlagen unserer Demokratie bedroht – insbesondere vor dem Hintergrund weiter steigender Mieten und abnehmender Sozialwohnungen.“ Mit klaren Worten forderte Dr. Jens Rannenberg (Sprengel Lüneburg) in seinem Bericht vor der Landessynode Schritte gegen die wachsende Wohnungslosigkeit. In den zurückliegenden zwölf Jahren sei die Zahl der Menschen ohne eigene Wohnung in Deutschland von 50.000 auf mehr als eine Million angewachsen, berichtete der Vorsitzende des Diakoniausschusses; die Schere der Wohlstandsverteilung öffne sich immer weiter. Dies zeige sich auch in den kirchlichen Finanzen: „Zwölf Prozent unserer Kirchenmitglieder sorgen für 73 Prozent unserer Einnahmen“, so Rannenberg. Eine positive Zwischenbilanz zog Rannenberg in der Frage der Integration von Geflüchteten: „Ohne die Diakonie wäre die Integration dieser Menschen nicht so gelungen, wie es der



Eindringlich forderte Dr. Jens Rannenberg Schritte gegen die wachsende Wohnungsnot.

Fall ist.“ In den diakonischen Werken und Einrichtungen sei viel geleistet worden; vielfältiges ehrenamtliches Engagement und große finanzielle Mittel seien hier zum Einsatz gekommen. Rannenberg ging auch auf die Kirchenasyle in Kirchengemeinden der Landeskirche ein: „Das ist ein Akt gelebter Nächstenliebe.“

Für die kommende Herbsttagung der Landessynode werde der Dia-

konieausschuss eine differenzierte Stellungnahme vorbereiten, kündigte Rannenberg an. Besondere Beachtung werde darin die Frage der Armutsentwicklung in Deutschland finden. Und auch ein Lob wollte der Vorsitzende des Diakoniausschusses noch loswerden: „Wir werden als Diakonie mit einer Stimme in der Öffentlichkeit wahrgenommen – darauf können Sie stolz sein.“

Die Spielräume werden vielfach enger

Landessynoden aus Hannover und Braunschweig hörten gemeinsam den Bericht des ELM

Zwischen den Landeskirchen in Hannover und in Braunschweig gibt es viele Kontakte und einige gemeinsame Themen; nun kamen auch die Mitglieder der beiden Landessynoden miteinander ins Gespräch: Zum Abschluss ihrer Frühjahrstagung reisten die hannoverschen Synodalen mit dem Bus nach Braunschweig. In der Kirche St. Ulrici-Brüdern hörten beide Kirchenparlamente die Berichte zum Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Niedersachsen und zur Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen – zwei Institutionen, an denen beide Landeskirchen gleichermaßen beteiligt sind.

Michael Thiel, Direktor des Evangelisch-lutherischen Missionswerkes in Niedersachsen (ELM), spannte einen weiten Bogen von der Gründung der Einrichtung bis in die aktuelle Zeit.

„Mit dem Aufbau der Fachhochschule für Interkulturelle Theologie (FIT) in Hermannsburg veränderte sich viel“, berichtete Thiel: Die moderne Ausbildung sei heute deutlich internationaler und gleichzeitig anonymer als zu den Zeiten früherer Seminaristen, Studierende aus mehr als 40 Ländern lernten in Hermannsburg, eine kleine Minderheit von ihnen komme aus anderen Religionen. Auch die zugrundeliegende Vision habe sich sehr gewandelt: „Von einer Nord-Süd-Ausrichtung hin zu einer Ausrichtung, die keine Himmelsrichtung hat.“

Eine immer stärkere Rolle spiele auch der Umgang mit „Shrinking Spaces“ – enger werdenden Handlungsspielräumen für religiöse Gemeinschaften in den Partnerkirchen: „Wir müssen zunehmend vorsichtiger arbeiten, um für unsere Partner keine Probleme mit den Regierungen zu verursachen.“



Gelungene Premiere: Die Synodenpräsidenten Dr. Matthias Kannengießer (Hannover, links) und Dr. Peter Abramowski.

In der anschließenden Aussprache lenkte Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) den Blick auf die Zukunftsperspektiven: „Wo will das ELM Prioritäten setzen? Wie lassen sich die eher traditionelle Arbeit und die FIT miteinander verbinden? Wie können wir die Trägerkirchen stärker zusammenbinden?“

„Ich vermisse die Frage danach, wie die Partnerkirchen die Situation, die uns in 60 Jahren erwartet, händeln“, stellte Thiel fest. „Welche Strukturen, Sollbruchstellen und Möglichkeiten der Vernetzung können wir dort abschauen?“ Er sehe großes Potenzial in den Kirchen des globalen Südens: „Wir müssen mit großer Lernbereitschaft dorthin gehen – dort ist nicht nur Chaos, sondern auch Kirche. Manchmal ist sie lebendiger als wir es sind. Und man muss sich nicht mehr so viel ums Geld kümmern, wenn keins da ist.“

Landessuperintendent Dr. Detlef Klahr (Sprengel Ostfriesland-Ems) forderte, Christenverfolgung dort, wo sie

geschehe, klar als solche zu benennen und nicht aus falsch verstandener Rücksichtnahme zu verschleiern. Abschließend überwies die hannoversche Landessynode den Bericht zum ELM zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Mission und Ökumene, den Ausschuss für Theologie und Kirche sowie in den Bildungsausschuss.

Stabile Ausstattung

Die finanzielle Ausstattung der Versorgungskassen für kirchliche Mitarbeitende sei mittel- bis langfristig stabil, sagte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Gerhard Tödter (Sprengel Lüneburg), vor der Landessynode. Das Gutachten eines Versicherungsmathematikers habe diese Einschätzung bestätigt.

In den vergangenen Jahren waren in den Versorgungskassen durch sinkende Zinseinnahmen Finanzlücken entstanden; mit Sicherungsmaßnahmen wurde gegengesteuert. *Weiter S. 12*

Verhältnis zum Staat wird neu austariert

Konföderation spielt als Gegenüber zur Politik eine wichtige Rolle

Zum Abschluss der gemeinsamen Tagung der beiden Landessynoden in Braunschweig berichteten Andrea Radtke und Dr. Kerstin Gäfgen-Track, Bevollmächtigte der Geschäftsstelle der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, zur aktuellen Situation der Konföderation. Ihr gehören die Landeskirchen Hannovers, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und die Reformierte Kirche an.

Sie beobachte aktuell, dass der Status der evangelischen und der katholischen Kirche im Verhältnis zum Staat neu definiert werde, stellte Gäfgen-Track fest – die Zusammenarbeit werde von staatlicher Seite gesucht. „Politisches Handeln sucht nach Kirchenrepräsentanten als Legitimation“, so Gäfgen-Track – das Bewusstsein von der Würde des Menschen spiele auf der Suche nach dem, was Gesellschaft zusammenhält, eine wichtige Rolle. „Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wird neu austariert“, zeigte sich Gäfgen-Track überzeugt.

Als aktuelle Themen identifiziert der Bericht zur Konföderation die Gefängnisseelsorge, Sonntagsruhe und Ladenöffnungszeiten sowie die Schul-



Dr. Kerstin Gäfgen-Track (links) und Andrea Radtke betonten die Bedeutung der Konföderation als Gegenüber zur Politik.

geldfreiheit für Schulen in freier Trägerschaft. Darüber hinaus stehen die mehr als 1.000 evangelischen Kindertagesstätten in Niedersachsen im Fokus: Als größter freier Kita-Träger im Land habe die evangelische Kirche bislang mehr als 35 Millionen Euro an Eigenmitteln eingebracht und damit einen deutlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung geleistet. Auch im Arbeitsfeld Schule sei die Konföderation ein bedeutender Ansprechpartner des Staates, insbesondere im Fach Religion.

„Die Konföderation ist unersetzlich, und wir können es uns nicht vorstellen, dass es diese gemeinsame Platt-

form als Gegenüber zur Politik nicht mehr geben könnte“, stellten Radtke und Gäfgen-Track zum Ende ihres Berichtes fest. Die Konföderation erfahre viel Anerkennung und die Kommunikation zwischen den beteiligten Kirchen werde immer besser.

Eine Daueraufgabe

Fortsetzung von Seite 11

Maßnahmen zur mittel- bis langfristigen Reduzierung der Verpflichtungen der Landeskirche seien eingeleitet worden, berichtete Tödter; klar sei aber auch, dass bestehende Verträge bindende Wirkung hätten. Vor dem Hintergrund des an vielen Stellen feh-

lenden Nachwuchses betonte er, dass die Sicherung der Altersversorgung eine Daueraufgabe bleibe, die weit über die laufende Amtsperiode der 25. Landessynode hinausgehe. Diese Aufgabe müsse geleistet werden, damit Kirche eine attraktive Arbeitgeberin bleibe.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.) unter Mitwirkung des Evangelischen Pressedienstes Niedersachsen-Bremen (epd) und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Grafik: Marc Vogelsang Evangelische Medienarbeit (EMA)

Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze, Merle Specht

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen
www.synode.landeskirche-hannovers.de

Bischofsbericht:

